

Erschienen unter Überschrift“ Das Spiel mit dem Feuer“ in: Freitag 45 vom 29.

Oktober2004

Im Streit um das Teheraner Atomprogramm ist Eskalation vorprogrammiert

Der Streit um Irans Atomprogramm hält weiter an. Bis zur nächsten Sitzung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) am 25. November soll Iran alle Zweifel an der friedlichen Nutzung seines Atomprogramms ausräumen, und zwar durch einen Verzicht auf Urananreicherung und den Bau von Zentrifugen. Erfüllt Iran diese - vor allem auf EU-Initiative hin Ende September verabschiedete - IAEA-Resolution nicht, dann kommt die amerikanische Gangart an die Reihe. Dies bedeutet aber eine Drohkulisse, die nach einem im Kosovo- und Irak-Konflikt bekannten Muster (erst eine harte Resolution des UN-Sicherheitsrates und dann mit oder ohne UN der Einsatz von Gewalt) ablaufen könnte.

Was will eigentlich der Iran und was wollen Irans Kontrahenten?

Dass die Eskalation nach dem 25. November kommen wird, ist sehr wahrscheinlich, da es schon jetzt klar ist, dass Iran auf keinen Fall auf die Anwendung von Urananreicherungstechnologien verzichten will. Repräsentanten der Islamischen Republik beteuern - an die Adresse der Europäer gerichtet - unentwegt das friedliche Ziel des iranischen Atomprogramms. „Wenn die Europäer ernsthaft besorgt sind“, sagte Revolutionsführer Khamenei Anfang August 2004, "dass wir Nuklearwaffen anstreben, so versichern wir ihnen, dass wir nicht auf der Suche nach derartigen Waffen sind. Wenn sie aber besorgt sind, dass wir die Nukleartechnologie beherrschen und uns das Wissen für diesen herausragenden Zweig der Technologie aneignen und sie dieses unterbinden wollen, dann erklären wir ihnen: das iranische Volk wird sich diesem Unrechtsdiktat nicht unterwerfen.“ Auch Staatspräsident Khatami unterstrich in einer Pressekonferenz Ende August die iranische Bereitschaft, „alle erdenklichen Garantien zu geben, dass wir keine Atomwaffen anstreben, weil wir sie nicht wollen. Atomwaffen gehören nicht zu unserer Sicherheitsdoktrin, Atomwaffen widersprechen Irans Interessen und unserem islamischen Glauben. Wer sich selbst den Gebrauch dieser Waffen untersagt, der wird sie auch nicht herstellen.“

Was aber ist nun die Wahrheit? Geht es Iran tatsächlich um die friedliche Nutzung der Atomenergie, kann man den Versicherungen der Repräsentanten des Gottesstaates wirklich Glauben schenken? Fakt ist, dass ein Großteil der Intellektuellen und politischen Elite Irans durch alle Strömungen und Fraktionen hindurch fest daran glaubt, dass die Nuklearwissenschaft und -technologie das Höchste ist, was ein Land überhaupt erreichen kann. „Der nukleare Brennstoffkreislauf“, sagt Ghassem Soleymani, Planungsdirektor des iranischen Uranbergwerks in Saghene, „gehört zu unserer Identität, unserem Blut und unserer nationalen Sicherheit.“ Auch Khatami glaubt, dass die Atomtechnologie "unseren nationalen Interessen, unserer nationalen Ehre, unserer Zukunft entspricht und dass unser Fortschritt davon abhängt." Der Bergwerksdirektor und der Staatspräsident bringen die im Iran weit verbreitete Meinung - zugegeben mystisch überhöht - auf den Punkt, auch wenn die iranische Elite mit dieser Auffassung auf dem Wissensstand der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts stehen geblieben ist. Der Iran verfügt über die viertgrößten Öl- und die zweitgrößten Gasvorräte der Welt und über ein beträchtliches Potential an regenerativen Energiequellen. Dass aber ausgerechnet die teuerste und risikoreichste Energietechnologie, eben die Atomenergie, die künftige Energieversorgung des Landes sichern soll, stellt die Glaubwürdigkeit der Haltung des offiziellen Iran am stärksten in Frage. Tatsächlich sprechen einflußreiche Vertreter der Konservativen, wie Djawad Larijani - einer der Kandidaten für den Posten des künftigen Staatspräsidenten - offen aus, worum es dem Iran eigentlich geht: "In sicherheitspolitischer Hinsicht macht es überhaupt keinen Sinn, dass der Feind über Atomwaffen verfügt, wir aber darauf verzichten..... Es ist unser gutes Recht, Atomwaffen zu besitzen, weil alle Staaten um uns herum Atomwaffen besitzen. Israel verfügt über Atomwaffen, daher ist niemand legitimiert, uns das zu untersagen."

Doch nicht nur die iranische Seite spielt ein unwürdiges Spiel auf dem internationalen Parkett, sondern auch Irans Kontrahenten, vor allem die USA und letztlich auch die Europäische Union. Der Iran versteckt sich hinter dem Recht auf „friedliche Nutzung der Atomenergie“, die USA und die EU verstecken sich hinter dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV), dem sogenannten Atomwaffensperrvertrag. Beide Seiten mogeln sich geradezu akribisch um den eigentlichen Kern des Konflikts

herum: die unbestreitbare Macht- und Bedrohungsasymmetrie zwischen Israel und den übrigen Staaten im Mittleren und Nahen Osten - insbesondere dem Iran - seitdem Israel mit seinen Atomwaffen zu einer de-facto-Atommacht aufgestiegen ist. Irans Machthaber glauben, einerseits das eigene Atomprogramm im Geheimen ausbauen zu können und - wie Israel, Indien und Pakistan es vorgemacht haben - Fakten zu schaffen und andererseits durch eine teilweise Kooperation mit der Wiener Atomenergiebehörde sich vor einer Sicherheitsrats-Resolution und anschließenden militärischen Angriffen abzusichern. Auf dieses Doppelspiel lassen sich die USA und Israel nicht ein und sind entschlossen, mit allen Mitteln zu verhindern, dass der Iran zu einer regionalen Atommacht aufsteigt. Sie glauben, die bestehende Macht- und Bedrohungsasymmetrie auf Dauer halten zu können. Gerade weil aber alle beteiligten Konfliktparteien die Offenlegung des Konfliktes scheuen wie der Teufel das Weihwasser, spielen sie mit dem Feuer, das dann irgend jemand anzünden und einen Flächenbrand in der gesamten Region auslösen könnte.

Innenpolitische Motive

Für eine Eskalation des Konflikts einschließlich der Zerstörung der iranischen Atomanlagen gibt es auf beiden Seiten jede Menge innenpolitische Motive und Interessen: Irans konservative Machthaber rechnen durch eine Zuspitzung des Konflikts mit der endgültigen Bändigung ihrer reformorientierten Widersacher. Dass Khatami - nach wie vor das Symbol der Reformbewegung und der „religiösen Demokratie“ - sich inzwischen das taktische Spiel der Konservativen zu eigen gemacht hat, können Konservative als einen ersten Erfolg für sich verbuchen. „Wir wollen verhindern, dass der UN-Sicherheitsrat sich mit Iran befasst“, sagte Khatami Mitte August. „Werden sie uns jedoch unser legitimes Recht rauben, dann sollten wir und unser Volk auch bereit sein, den Preis für die Wahrung des nationalen Rechts zu bezahlen, möge dieser Tag aber nicht kommen.“ Bei einer weiteren Zuspitzung des Konflikts käme die gesamte System tragende wie aber auch die oppositionelle Reformbewegung unter die Räder und würde absehbar im Iran weitgehend aufgerieben. Unlängst machte Haschemi Rafsanjani, der strategische Kopf der Konservativen, klar, wohin die innenpolitische Reise geht: "Um unser Ziel auf der internationalen Bühne durchzusetzen, müssen wir jedoch unter uns einig sein. Mit

kindischen Streitereien, Fraktionierungen und Träumereien kann man den Kampf gegen derart anmassende Feinde nicht bestehen."

Doch stehen in diesem Spiel mit dem Feuer um der biedereren Motive willen Irans Konservative nicht allein. Präsident Bush will die Wahl gewinnen, was keineswegs sicher ist. Außerdem steht er wegen des Desasters im Irak innenpolitisch unter massivem Druck. Eine Zuspitzung des Konflikts mit dem Iran schon vor den US-Präsidentenwahlen käme Bush sicher sehr gelegen, um verunsicherte Wähler im eigenen Lager zu halten. Auch Sharon steht wegen der katastrophalen Folgen seiner Politik, die die Israelis bisher verarmen ließ, ihnen jedoch keinen Frieden brachte, unter Legitimationsdruck. Angesichts der unnachgiebigen Haltung fundamentalistischer Siedler in der Frage der Räumung israelischer Siedlungen in Gaza steht Sharon eigentlich mit dem Rücken zur Wand. Das Risiko, dass Bush und Sharon die Gefahren eines militärischen Angriffs gegen Irans Atomanlagen aus innenpolitischen Beweggründen reichlich unterschätzen, ist gegenwärtig ungemein groß. Die Verschiebung der endgültigen Entscheidung der Wiener Atomenergiebehörde auf den 25. November verhindert daher keineswegs eine gefährliche Eskalation, die demnächst ausgelöst werden könnte. Israel handelte des öfteren jenseits des internationalen Rechts und legitimierte "Präventivschläge", wenn Gefahr für Israels Sicherheit ausgemacht wurde, so z.B. auch gegen Iraks Atomanlagen am 7. Juni 1981.

Die Verantwortung der EU

Man kann nur hoffen, dass dieses Szenario nicht eintritt. Die Ausgangsbedingungen dafür, dass es aber doch eintritt, sind für diejenigen, die sich innenpolitische Vorteile davon versprechen, jedenfalls sehr verlockend. Die Europäische Union trägt aus meiner Sicht für die gegenwärtige fatale Situation eine Mitverantwortung, weil auch sie sich um den eigentlichen Konfliktkern herumdrückt und sich hinter dem mehrdeutigen Atomwaffensperrvertrag versteckt, anstatt mit einer glaubwürdigen politischen Alternative die Agenda zu bestimmen. Die EU, allen voran die deutsche Seite, nimmt das Sicherheitsbedürfnis Irans in der gegenwärtig machtasymmetrischen Schieflage offensichtlich nicht ernst. Daher ist auch die zwischen den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Englands sowie der

iranischen Seite im Oktober 2003 getroffene Vereinbarung nicht das Papier wert, auf dem es gedruckt wurde. Die Vereinbarung war vielmehr das Ergebnis eines taktischen Spiels, das beide Seiten miteinander treiben. Die EU spielte mit ihrem Zaudern im Grund genommen den extremistischen Positionen und Motiven im Konflikt - den Konservativen Irans einerseits, Bush und Sharon andererseits - buchstäblich in die Hände. Da beide Seiten auf ihre Ziele pochen, der Iran auf ein eigenes Abschreckungspotential gegen Israels atomare Vormachtstellung und umgekehrt die USA und Israel darauf, die bestehende Vormachtstellung nicht aus der Hand zu geben, wird die Gefahr einer Eskalation einschließlich eines neuen Krieges unmittelbar oder zu einem baldigen Zeitpunkt zum einzig möglichen „Ausweg“, der sich nahtlos in den US-Unilateralismus einfügt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse erscheint die Warnung des deutschen Außenministers, Joschka Fischer, Iran sollte sich vor einer „Fehleinschätzung der Reaktionen der internationalen Gemeinschaft“ hüten, eher als Ausdruck einer bedrückenden Ratlosigkeit und nicht als Einsicht in die tieferen Gründe des Konflikts. Fischer und andere EU-Außenpolitiker sollten Irans Dilemma sehr ernst nehmen. Keine iranische Regierung, ob eine religiöse oder laizistische, am wenigsten gar ein demokratisch regierter Iran, kann es sich leisten, tatenlos hinzunehmen, dass Indien, Pakistan und vor allem Israel über atomare Bedrohungspotentiale verfügen und der Iran nicht. Auch ein weiterer Deal mit den Mullahs würde das Problem bestenfalls verschieben.

Der Ausweg: Das Ziel 'atomwaffenfreie Zone' muss in den Vordergrund gestellt werden

Irans Reformer waren und sind zu schwach, um mit neuen sicherheitspolitischen Konzepten für die Region auf die atomare Machtasymmetrie aufzuwarten. Khatami hat es versäumt, die begonnene Entspannungspolitik mit den arabischen Nachbarstaaten in Richtung 'gemeinsamer Sicherheit' und 'atomwaffenfreier Zone' weiter zu entwickeln. Auch die EU hat es bisher sträflich unterlassen, in Anlehnung an die OSZE mit der Idee einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) vorzustoßen, obgleich dieses Konzept multilateralen Ordnungsvorstellungen und Europas friedenspolitischen Interessen am weitesten entgegen kommt und obwohl die EU die einzige politische Instanz auf der internationalen Bühne ist, die über hinreichende

Erfahrungen und moralische Reserven für dieses friedenspolitisch zukunftsfähige Projekt verfügt. Nur die Aussicht auf Lösungen, die mit Kooperation, gemeinsamer Sicherheit und Abrüstung auf die gegenwärtigen konflikträchtigen Vormachtstellungen reagieren, erweitern den Handlungsspielraum der Reformkräfte in der gesamten Region, nicht nur im Iran, sondern auch in Israel selbst, um für eine bessere Alternative zu Scharons aussichtsloser Politik auch innenpolitische Mehrheiten zu mobilisieren.

Spätestens jetzt und nachdem die gegenwärtige Nahostpolitik mit der Roadmap und der EU-Iranpolitik gescheitert ist, müsste in Richtung einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit nicht nur geredet, sondern gehandelt werden. Die Ziele dieser Alternativen müssten dazu tatsächlich auch im Zentrum stehen und nicht - wie bisher - von unerreichbaren Bedingungen abhängig gemacht werden. Das Scheitern der Roadmap und der Iranpolitik der EU - hier ist eine bemerkenswerte Parallelität festzustellen - war nicht zuletzt auch wegen falscher Prioritäten vorprogrammiert: In der Roadmap wird das zentrale Ziel der Zweistaatenregelung nach mehreren Stufen vom Ende der palästinensischen Terrorangriffe als allererstem Schritt abhängig gemacht. Dadurch wird allen extremistischen Strömungen, wie der Hamas in Palästina und rechten Zionisten in Israel, die die Zweistaatenregelung bis aufs Messer bekämpfen, geradezu das Mittel in die Hand gegeben, um das eigentliche Ziel ad acta zu legen. Die nicht aufhören wollende Gewalteskalation belegt das. Auch im Streit um Irans Atomanlagen soll zuallererst der Iran zum Verzicht auf den Zugriff zu Atomwaffen verpflichtet werden, die atomare Vormachtstellung Israels jedoch weiterhin unangetastet bleiben. Das Ziel einer atomwaffenfreien Zone wird dagegen - wie z.B. in der Teheraner Erklärung - ganz unverbindlich und nur beiläufig erklärt.

Das Ansinnen, sowohl den Opfern der israelischen Besatzung in Palästina als auch dem atomar bedrohten Iran einseitige Handlungen aufzuzukroyieren, widerspricht allen Konflikt entschärfenden Methoden und Erkenntnissen, da es von der unterlegenen Seite als Unrecht empfunden wird. Vielmehr führt dieses unweigerlich zur Konfliktverschärfung. Für die falsche Prioritätensetzung der EU können Irans Gottesstaatler nur dankbar sein, denn nun verfügen sie mit dem Feindbild "der Westen will den Islam vernichten" über ein wirksames Instrument, um einen

konfrontativen Kurs, der den Ausbau des Atomprogramms und den Ausstieg aus dem Atomsperrvertrag einschließt, durchzusetzen und die „Balance of Power“ mit eigenen Atomwaffen herzustellen. In der kooperativen und friedlichen Alternative „Abrüstung und atomwaffenfreie Zone“, würde es dagegen für Fundamentalismus und Nationalismus keinen Platz mehr geben, am wenigsten im Iran, da diese Alternative die wichtige Grundlage für die Demokratisierung im Mittleren und Nahen Osten darstellt..

Die EU erreicht mit ihrer Politik sowohl im Palästina-Konflikt wie im Iran-Streit genau das Gegenteil einer friedvollen Perspektive. Was hat die EU - diese Frage muss an dieser Stelle gestellt werden - eigentlich vor? Verfolgt sie das Ziel, die atomare Vormachtstellung Israels nicht anzutasten, dann liefert sie für die amerikanische Drohkulisse die moralische Legitimation mit vorprogrammierten katastrophalen Folgen: neuer Flächenbrand, weiterer Auftrieb für Nationalismus und Fundamentalismus und kein Frieden im Mittleren und Nahen Osten für sehr sehr lange Zeiten. Begeht sie in ihrer Nahost- und Iran-Politik einen Kardinalfehler, dann sollte dieser schleunigst korrigiert werden. Dazu gehört erstens, die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten auf die Agenda internationaler Diplomatie zu setzen - auch bei der nächsten Tagung der IAEA am 25. November - und sie als eine der vordringlichsten Aufgaben einzustufen; und zweitens die Konfliktparteien gleichermaßen aufzufordern, sich für eine absehbare Verwirklichung dieses Ziels verbindlich zu verpflichten.

^{*)} Der Autor ist Politikwissenschaftler an der Universität Osnabrück und beschäftigt sich u. a. mit dem Mittleren und Nahen Osten.